

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Sched-Konto: Hannover 57813  
Sched-Konto: Essen... 24171

Der Abonnementspreis beträgt durch den Vorkauf oder durch die Post bezogen monatlich 80 Reichsmark. — Preis und Geschäftsbedingungen jeder Art werden nicht angenommen



Verantwortl. für den Inhalt: Karl Schüb, Bochum. Druck: H. Haxmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Bismarckstr. 33-42

Telephon-Nummern: 88, 89, 90  
Telegramm: Altbernd Bochum

### Mißlungener Uebergriff der Grubenbesitzer.

#### Vertragsbruch und Landesverrat.

Dem aufmerksamen Beobachter entgingen nicht die Vorbereitungen der Reaktion in den letzten Wochen, die auf eine gewaltsame Beseitigung der gesetzlichen und vertraglichen Arbeitsbestimmungen abzielten. Den Kennern privatkapitalistischer Logik kann auch kein Vertragsbruch von dieser Seite übersehen werden: Herrschaft und Profit gehen über alles! Was Vertragstreue, was Anstand, Moral und Ethik — herrsche und verleihe! Die wenigen Jahre der Vertragsabschlüsse haben zudem so viel Beweise aus der Praxis geliefert, daß nichts mehr entzweigen kann. Und der Verfasser des im Februar erschienenen (gesätzlichen) Rundschreibens der Arbeitgeber („Änner Umstellung der Unternehmer“) hat diesen Selbst richtig beurteilt. Er hat sich nur das erdacht, was die Unternehmer wirklich befehle.

Am 30. Sept. u. 6. Okt. fanden sich die Bergbauunternehmer des Ruhrgebiets in Unna-Süd. zusammen, um die Vorbereitungen zu einem schändlichen Revolver- und — Verrat der Volksgenossen zu treffen. In den dort ausgeheckten Plänen spielen Kohlensteuer und andere Dinge eine Rolle. Diese Pläne sollen sich indes mit dem schändlichen Plan der gewaltsamen Umänderung der Arbeitszeit befassen. Laut Beschluß dieser Tagungen erschien am 8. Okt. auf den meisten Gruben des Ruhrreviers folgender Anschlag:

Der überstärkte Wirtschaftsverfall bedroht auf schärfste die Ernährung unserer Bevölkerung. Sofortige Schritte für diese Entwicklung ist durch Steigerung unserer Ausfuhr zu schaffen. Vorbedingung hierfür ist eine weitgehende Herabsetzung der Preise der für unsere Wirtschaft maßgebenden Rohstoffe, insbesondere der Kohle, was nur durch eine starke Herabsetzung der Selbstkosten zu erreichen ist. Nachdem die Regierung den passiven Widerstand wieder aufgehoben hat, ist es das Gebot der Stunde, durch äußerste Anspannung aller Kräfte auf billigstem Wege möglichst große Mengen von Kohlen zu fördern. Hierzu ist eine Schichtverlängerung erforderlich. Sie wird bei entsprechender Leistungssteigerung eine Ermäßigung der Kohlenpreise um etwa sechs Goldmark für die Tonne ermöglichen, die gleichzeitige Beantwärtung wird. Demgemäß sieht sich der rheinisch-westfälische Bergbau gezwungen, von Dienstag, den 9. Oktober an, die vor Ausbruch des Krieges gültigen Schichtzeiten wieder einzuführen. Entsprechend werden die Einfahrtszeiten für die Untertagearbeiter, Nebertagearbeiter und Kokerarbeiter wie folgt geregelt: (Hier folgt die Zeitangabe der Schichtzeiten die sich — nur in der Tageszeit — auf den einzelnen Schächten unterscheiden.) Die in der Lohnordnung für die bisherigen Schichtzeiten festgesetzten Löhne gelten nunmehr für die neuen Schichtzeiten. Die Zeichenverwaltung.

Am 7. Oktober tagte in Bielefeld eine Konferenz unseres Gesamtverbandes und der Bezirksleiter. Rechtzeitig erhielt man Kenntnis von dem geplanten Hauptstreik der Unternehmer. Vorstand und Bezirksleiter richteten sofort folgenden Aufruf an die Arbeiter und Angestellten des Ruhrbergbaues:

Die Bergbauunternehmer des Ruhrgebiets haben am 6. Oktober beschlossen, ohne Rücksicht auf Gesetz und Tarifvertrag vom 9. Oktober ab im Ruhrbergbau die Vorkriegsarbeit einzuführen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß dem Ruhrgebiet das übrige Deutschland mit einer ähnlichen Arbeitszeit folgen soll.

Wir haben sofort veranlaßt, daß alle in Frage kommenden Organisationen zu dem diktatorischen Anschlag dieser Unternehmertruppe Stellung nehmen. Einwilligen fordern wir euch auf: Niemand sage sich einem verhassten Zwange zu längerer Schichtzeit! Gesetz und Tarifvertrag gelten nicht! Arbeitet weiter wie bisher, aber nicht länger! Laßt euch von keiner Seite zu Unbesonnenheiten hinführen!

Wartet die Weisung der Organisationen ab! Vorstand und Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Dieser Aufruf konnte aber in der Arbeiterzeitungs- und gleichzeitig mit dem Aufruf auf den Gruben erscheinen. Den Unstun des, Erlasse einsehend, haben selbst einige Grubendirektoren den Aufruf ganz unterlassen, andere wieder hängten am morgen des 9. Okt. dem Ulaß eine Erklärung an, daß „infolge einer in Aussicht stehenden Erhöhung des Reichsarbeitsamts die Ausführung der Bekanntmachung bis auf weiteres hinausgeschoben sei“. Wo der Anschlag doch nach Wirkung haben sollte, haben ihn die Belegschaften in geschlossener Front zur Lächerlichkeit verurteilt.

In diesem Moment bemühte sich die Führerschaft unserer Funktionäre. Auf den Beinen sah es zunächst wie in aufgeschwungenen Hühnerschlägen aus. Der Maulrednerismus, die Aktionismacher fanden rathlos da, alles wartete auf die Parole: der so oft verkündeten und geschmähten Verbündeten. Diese aber standen, gestützt auf die Parole ihrer Zeitung, sicher im Sturm. Mit handfestem Griff erfaßten sie das Steuer und lenkten die nun aufgeschwungene Masse, die, Gefahr fürchtend, Schuß suchte. Der Angriff wurde abgelehnt! Eingemirrt hat auch die Anweisung des preussischen Handelsministers Siering, welcher den staatlichen Gruben die Anweisung gab, der Anordnung des Zeichenverbandes keine Folge zu leisten.

Am 8. Oktober tagten in Gelsenkirchen die Vertragsschließenden vier Bergarbeiterorganisationen gemeinschaftlich mit den Angestellten des Bergbaues, in welchem der Rechts- und Tarifbruch der Zeichenbesitzer gebannt und zum heftigsten Widerstand aufgerufen wurde.

Es gibt ein Mittel, die Unternehmer zur Vertragstreue zu erzwingen: machtvollere Arbeiterverbände! Dieses Mittel zwang die Unternehmer, die Arbeiterorganisationen als Tarifkontrahenten anzuerkennen, und mit denselben Mittel müssen sie auch zur Vertragstreue gezwungen werden. Die Augen auf, Bergarbeiter! Nicht allein eine Arbeitszeitverlängerung sollte dieser Handreich bringen, sondern auch vollkommene Ausschaltung der Organisation, Beseitigung aller Tarife und sonstiger Verträge. Alles sollte wieder so werden wie vor dem Kriege. Daß die Unternehmer diesen Plan überhaupt ins Auge faßten, ist Schuld der Bergarbeiter selbst, ist Schuld der Zerplittertheit

Vom Standpunkt der Unternehmerlogik ist, wie wir schon eingangs darlegten, der Vertragsbruch der Unternehmer zu verstehen, wenn sie sich auf ihre eigene Macht gestützt hätten. Das haben sie aber nicht, sie haben auf die Mithilfe der Besatzung gerechnet. Und deshalb war dies ein schuftiger Plan, und bedeutet Landesverrat! Nachdem in Unna-Königsborn die Vorbereitungen getroffen waren, ging Stinnes zu Degoutte, um die Hilfe der Franzosen zu erlösen. Das dachte er sich wohl so, daß die Kameraden mit den Bajonetten im Schacht gehalten werden sollten. Er wurde abgewiesen. Arbeiter eines fremden Landes mit schußbereiter Waffe zur Arbeitszeitverlängerung zwingen? Nein, eine solche Kulturkandade, meinte im Augenblick selbst der ausgeprägteste Militarismus, wie es heute der französische ist, nicht ertragen zu können. Stinnes bringt dieses über sich. Stinnes bringt noch Schlimmeres fertig. Wenn er kann — „machen ein Geschäft“ (spricht er nicht vor dem Separatismus zurück. Im Frühjahr 1920 tief ihm unser verstorbenen Freund Hue in flammender Empörung die Worte zu: „Was Sie wollen, ist kompletter Landesverrat!“

Es ist die höchste Zeit, daß diesem Geschäftspolitiker die Krallen beschnitten werden. Ein solcher auf nacktem Egoismus und Imperialismus eingebetteter Mensch kann in der Staats- und Wirtschaftspolitik nur zerstörend, vergiftend wirken.

Wo in einer Arbeiterorganisation erste Sorgen zu Hause sind um die Wirtschaft und somit um die Existenz ihrer Mitglieder, der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets überhaupt, dort kann man sich keine nackte Lohnpolitik leisten. Das Glied der Arbeiterschaft kann heute nicht mit Lohnherabsetzungen, sondern nur mit einer Gesundung der Wirtschaft behoben werden. Deshalb gehört eine gesunde Wirtschaftspolitik zu den ersten Aufgaben der Arbeiterführer. Die Dinge liegen klar vor uns. In kürzester Zeit müssen sich in Deutschland wieder alle Köpfe brennen, müssen alle Arbeitskräfte eingespannt sein. Um dieses zu können, müssen wir zuerst Rohstoffe beschaffen. Das bedingt wieder die schnellste und äußerste Anspannung der Schmelz- und Exportindustrie. Wir müssen eiligst- und konkurrenzfähig Handelsware auf den Weltmarkt werfen. Die in Frage kommenden Berufsorganisationen werden sich also in aller-nächster Zeit ernstlich mit der Produktionssteigerung zu befassen haben.

Wollen wir die Arbeiterschaft aus dem Elend erretten, so müssen wir uns einen Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung sichern, müssen logischerweise auch die Verantwortung übernehmen für das, was unser Einfluß begünstigt. Die Organisationen würden ein Verbündeten begehen an sich selbst, wenn sie nicht alles tun, was zur Wirtschaftsgesundung notwendig ist. Denn dann bricht die Wirtschaft zusammen, zerfällt die Volksgemeinschaft. Aus den Trümmern werden andere entstehen und mit der Hundepetische aufbauen.

Niemand bedauert mehr wie wir, daß die Produktionsaufnahme im Ruhrrevier durch Kurzschichtigkeit der Besatzungsmächte so behindert wird. Augenblicklich werden sogar Feuerschichten auf einzelnen Gruben gemeldet. Ist die Maschinenriege erst wieder eingelaufen, dann werden wir alles tun müssen, was zur Gesundung der Wirtschaft und somit zur Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft notwendig ist. Aber unsere Rechte werden wir zu erweitern müssen. Sollten die Unternehmer versuchen, uns beiseite zu schieben, so setzen wir das Beste ein. Dann mag die Hölle losbrechen, Stinnes und Genossen werden an der Spitze vor uns her marschieren.

Auf die Scheingründe der Unternehmer für ihr Vorgehen werden wir noch in anderem Zusammenhang eingehen. Wir erkennen aber nicht, daß der Bergbau sich im Augenblick in einer sehr schweren Lage befindet. Die Ruhrhilfe hört auf, die Produktion und der Absatz sind noch nicht in Fluß, die Beibehaltung werden spärlich, und wie weit die Unternehmer imstande sind, aus ihren anderen Mitteln die Betriebsausgaben zu bestreiten, können wir ihnen nicht nachrechnen. Die Kohlenpreise stehen weit über Weltmarktpreis, nach Einführung der Goldmarkpreise erhöhen sie sich in Papiermarkt automatisch mit dem Steigen des Dollars, ein Zustand, den unsere Wirtschaft nicht tragen kann und der es der ärmeren Bevölkerung einfach unmöglich macht, Kohlen zu kaufen.

Ein Ausweg muß hier gesucht werden. Allein durch die Beseitigung der Kohlensteuer wird er nicht zu finden sein. Wenn die Vorbedingungen für eine erhöhte Produktion im Bergbau geschaffen sind, dann werden die Arbeiterorganisationen zu dieser Frage Stellung nehmen und sie nach bestem Gewissen und im Gefühl der Verantwortlichkeit gegen ihre Mitglieder und gegen das ganze Volk entscheiden.

Das werden sie um so besser können, um so nachhaltiger werden sie die Interessen der Bergarbeiter vertreten können, je treuer die Kameraden zu ihrem Verband halten und je mehr sie um seine Stärkung besorgt sind.

Der Reichsarbeitsminister lud die Arbeitervertreter zu einer Besprechung auf den 10. Okt. ein. Das Ergebnis dieser Aussprache war die folgende Entschliessung:

In der Aussprache im Reichsarbeitsministerium am 10. Oktober über die Arbeitszeit im Bergbau waren die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen mit der Regierung in der Ueberzeugung einig, daß die gesamte Wirtschaft unter Einfluß des Bergbaues produktiver gestaltet werden muß. Darüber hinaus gaben die Vertreter der Bergarbeiterverbände folgende Erklärung ab:

„Wir bestritten, daß eine größere Produktivität nur auf dem Wege der Verlängerung der Schichtzeit gewonnen werden kann und lehnen mit Entschiedenheit ab, unseren Mitgliedern durch ein einseitiges Diktat der Unternehmer im Wege des Vertragsbruches eine längere Schichtzeit aufzuzwingen zu lassen. Die Organisationen sind wie in der Vergangenheit auch angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Zukunft bereit, Vereinbarungen zuzustimmen, die den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft und des Bergbaues Rechnung tragen. Voraussetzung ist jedoch, daß die Unternehmer ihren Versuch, die Arbeitszeit im Ruhrbergbau einseitig zu verlängern, endgültig zurückzunehmen. Weitere Voraussetzung ist, daß die festgesetzten Löhne zur Auszahlung kommen, die Feierschichten wegfallen und die verkehrs- und abfahrtsähnlichen Vorbedingungen für eine ergiebige Kohlenförderung geschaffen sind.“

### Aufzug der Unternehmer.

Am 11. Oktober fand eine gemeinsame Aussprache zwischen Unternehmer und Arbeitervertreter statt. In den Verhandlungen wurden die Unternehmer gezwungen, ihr diktatorisches Vorgehen aufzugeben und die Forderung der Arbeitnehmer auf entgeltliche Wiederherstellung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen anzuerkennen. Ferner wird der Belegschaft der Zeche Königsgrube in Köhlinghausen, der infolge einer erfolgten Aussperrung aus Anlaß der verrückten Arbeitszeitverlängerung entstandene Lohnverlust ersetzt.

### Für Frieden und Menschlichkeit. Ein Aufruf der Internationale.

Der Exekutiv-Ausschuß der Internationale hat am 7. Oktober in Brüssel nach den Beratungen auf Vorschlag der französischen belgischen Delegation einstimmig eine Entschliessung angenommen. Diese Entschliessung stellt das Einverständnis mit der englischen, französischen, belgischen und deutschen Arbeiterschaft fest und richtet sich im übrigen gegen die Politik der französischen belgischen Regierung. Die Entschliessung führt aus, daß die Besetzung des Ruhrgebiets ein Akt brutaler Gewalt sei und geradezu eine kriegerische Behandlung bedeute, die vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ruchlos zu bezeichnen ist. In der Entschliessung wird ferner Stellung gegen die Politik Poincarés und aller derjenigen ergriffen, die nach Einstellung des passiven Widerstandes den Weg von Besprechungen an immer neue Bedingungen knüpfen. Zum Schluß heißt es: Die Aufmerksamkeit des Proletariats wird auf gewisse Notwendigkeiten gelenkt, nämlich:

1. den Ausgewiesenen von der Ruhr zur Rückkehr zu verhelfen und die Begnadigung derselben durchzusetzen, die bestraft wurden, weil sie sich lediglich weigerten, die Befehle der Besatzungsmächte auszuführen.
2. die Wiederherstellung des gesamten Verkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet Deutschlands zu sichern,
3. die Zurückziehung der den deutschen Beamten auferlegten Verpflichtungen, den Besatzungsbehörden den Treuschwur zu leisten,
4. unverzüglich Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten ohne neue Bedingungen aufzunehmen.

### Französische Arbeiter demonstrieren für den Frieden.

Der französische Gewerkschaftsbund (C.G.T.) hat für den 11. November, den Jahrestag des Waffenstillstandes, eine nationale Demonstration zu Gunsten des Friedens anberaumt. In ganzen Lande werden bereits Magnahmen getroffen, um der Veranstaltung den Charakter einer machtvollen Kundgebung gegen Krieg und Militarismus zu verleihen.

### Für die vertriebenen Bergarbeiter.

Auf dem Kongress des französischen Landesverbandes der Bergarbeiter am 20. September stimmte die Versammlung unter lautem Beifall einer Resolution zu Gunsten der Amneistie für jene Bergarbeiter im Ruhrgebiet zu, die im Zusammenhang mit der Besetzung aus ihrem Heim vertrieben oder eingekerkert worden sind, weil sie sich weigerten, unter der Drohung der Bajonette zu arbeiten. Das Verbandsbüro wird die Entschliessung der Regierung zur Kenntnis bringen.

### Die Wiederaufnahme der Produktion

vollzog sich auf allen unbesetzten Gruben des Ruhrgebiets reibungslos. Trotzdem kann man von einer eigentlichen Produktionsaufnahme noch nicht reden, weil die Förderung mangels Transportmittel nur in beschränktem Maße vor sich gehen kann. Es laufen sogar Nachrichten ein, daß verschledene Gruben Feuerschichten einlegen müssen. Unverständlich ist es, daß die Besatzungsmächte, die vorgeben, wegen Reparationsleistungen eingebrungen zu sein, der Produktionsaufnahme jetzt hinderlich im Wege stehen.

Anderes dagegen steht es auf den unter französischer Regie stehenden Zechen. Auf einigen Zechen konnte bisher zwischen Regie und Belegschaft keine Einigung erzielt werden. Auf Köhlinghausen I-II fanden in der ersten Augustwoche Verhandlungen statt zwischen französischen Ingenieuren und der Verwaltung sowie dem Betriebsrat. Es wurde folgendes Abkommen getroffen:

1. In den unterirdischen Betrieb müssen wir (Ingenieure) uns nicht hinein, derselbe bleibt in Händen der Werkleitung.
  2. Wir behalten uns vor, in den Tagebetrieben, sofern die Kokeri und die Chemische in Betrieb gesetzt wird, die Oberleitung zu behalten.
- Ueber allen Betrieben stehen Zeichenorgane. Alle Arbeiter und Beamte sollen im Betriebe ungehindert arbeiten.
- Am 3. Oktober werden die Posten von der Schachtanlage Köhlinghausen II jurisdigegogen. Die Kokeri soll dann sofort in Betrieb gesetzt werden.

Der Betriebsrat soll auch im oberirdischen Betrieb seinen Funktionen nachgehen. Das Betriebsrätegesetz wird nicht angetastet.

Die Tagesarbeiter sollen acht Stunden arbeiten, jedoch können Arbeiter auch über diese Zeit hinaus beschäftigt werden, vor allem bei Reparaturen. Der Lohn bleibt auf Grund der Lohnordnung durch die Zeche zu zahlen. Der vereinbarte Tarif soll in Geltung bleiben.

Für die ausgewiesenen Beamten und Arbeiter wollen sich die beiden Ingenieure einsetzen. Ausgewiesen sind einige Arbeiter der Kokeri und Arbeiter und Beamte der chemischen Anlage von Köhlinghausen I.

Kohlendeputate werden sofort bewerkstelligt, sofern Kohle gefördert wird. Für die Zufuhr von Lebensmitteln wollen sich die beiden ebenfalls einsetzen. Bei der Anfahr von Kartoffeln wollen beide bei der Militärbehörde vorstellig werden, daß die eingekauften Kartoffeln für die Belegschaft auf den Zeichenplatz angekauft werden.

Die Belegschaft nahm dieses Abkommen an und die Arbeit auf. Auf der Zeche Dorstfeld wurde zwischen der französischen Verwaltung und den Vertretern der Arbeiter und Angestellten folgendes vereinbart:



Falls die deutschen Arbeiter und Angestellten sich bereit erklären, unter französischer Regie auf den Kohlefeldern von Dorsfeld zu arbeiten, erklären sich beide Parteien auf folgende Punkte einzuverstehen:

1. Zweck friedlichen Abkommens werden sämtliche Arbeiter und Angestellte, welche vor der Besetzung der Werke beschäftigt waren, ohne Ausnahme und einschließlich der Ausgewiesenen wieder eingestellt. Die früheren Arbeiter und Angestellten der Bergwerke, die seit der Besetzung arbeiten, bleiben unbelästigt auf ihrem Posten.

2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Angestellten werden wie bisher von den in Frage kommenden Organisationen geregelt werden.

3. Sämtliche Vereinbarungen und Abmachungen, welche zwischen den Organisationen und dem Bechenverband zustande kommen (wie Tarifvertrag, Arbeitsordnung und Lohnvereinbarung) gelten auch für die deutschen Arbeiter und Angestellten unter französischer Regie.

4. Die Regie behält sich vor, einem Teil oder der gesamten Belegschaft anderweitige Vorteile zu gewähren.

5. Es gilt für die Arbeiter und Angestellten dieselbe Arbeitszeit, wie sie von den Organisationen vereinbart wird und auf den anderen (unbesetzten) Werken üblich ist.

6. Das Vertriebsstrategie für die Maschinen gelten voll und ganz auch für die Betriebe, welche sich in französischer Regie befinden.

7. Bezüglich der Sozialversicherung (wie Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung sowie Knappschaftspensionskasse) bleiben die bisherigen Satzungen maßgebend, wie sie allgemein üblich sind.

8. Bei Wiederaufnahme der Arbeit werden die französischen Posten sofort von der Besetzung zurückgezogen.

9. Die Vergütungsvorschriften bleiben nach wie vor bestehen. Wie schon einleitend gesagt, bestanden bei Reaktionsstillstand auf einigen Gruben Differenzen, deren Beilegung jedoch erfolgt ist.

Auf Herrn Scheiterte die Arbeitsaufnahme deshalb, weil die ausgewiesenen Direktoren nicht wieder zugelassen und die ausländischen Streikbrecher nicht entlassen werden sollen.

### Neue Löhne und abgebaute Kohlenpreise.

Die Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne führten zu einem Schiedsspruch, der vom 8. bis 14. Oktober eine durchschnittliche Erhöhung um 240 Prozent vorsieht. Die Durchschnittslöhne betragen nämlich vom 8. Oktober ab für den

Rheinisch-westfälischen	Mtl.	Bayern: Bechtolds	Mtl.
Eisen- u. Braunkohlen-bergbau	1408,16	Steinkohle	775988065
Ober- u. Niederschlesien	903,0	Steinkohle	679518024
Niederschlesien	828,0	Braunkohle	743947326
Sachsen	843,0	Westerwald	851229000
Niederfachsen	798,0	Siegen (Eisenstein)	919028000
Walden	843,0	Rhein-Waldkreis	839080000
		(Metaller)	1225800000

Die in der vorigen Nummer mitgeteilten Löhne galten nicht ab 8. Oktober, sondern vom 1. bis 7. Oktober.

Die Schiedssprüche für den Bergbau, die, wie in Mitteldeutschland und im Bezirk Hamm, nicht durchgeführt sind, sollen nachträglich durchgeführt werden.

### Die Kohlenpreisermäßigung

wurde durch Befestigung der jetzt noch 30 Proz. betragenden Kohlensteuer herbeigeführt. Außerdem wurde eine Preisermäßigung von 5 bis 15 Proz. festgesetzt. Sie macht aus für Oberschlesien, beheiztes Gebiet (auch rheinische Braunkohle) 15 Proz., Niederschlesien 12 Proz., Sachsen und Niederfachsen 10 Proz., Braunkohle Mitteldeutschland und Ostelbien 5 Prozent. (Hier soll eine weitere Ermäßigung um 10 Proz. stattfinden, wenn mit der Arbeitererschaft eine Verständigung über Mehrarbeit erzielt wird.)

Der Richtpreis für Ruhrkohle beträgt nunmehr statt 38,98 Goldmark = 24,96, der Nettopreis für die Bechen nach Abzug der Umsatzsteuer, Handelsge Gewinn und Vergemannswohnungsabgaben. Damit steigt der Richtpreis nur wenig über Weltmarktpreis. Weiterer notwendiger Abbau ist nach Ansicht der Unternehmer, der auch Regierungsstellen zuneigen, nur möglich durch Steigerung der Produktion infolge von Mehrarbeit. Die Arbeiterorganisationen werden bald vor die Frage gestellt werden, ob sie diese Notwendigkeit als vorliegend und ausüßbar anerkennen.

Wir fürchten, daß der Abbau der Kohlensteuer ein sehr gewagter Schritt ist. Die Ermäßigung um 10 Prozent im Frühjahr hat weder den Bergleuten noch der Bergbaubranche genügt, sondern ist allein der weiterverarbeitenden Industrie und dem Handel zugute gekommen. Wenn es die Regierung nicht fertig bringt, mit rauher Hand in die Preisgestaltung der übrigen Produkte einzugreifen, ist der gewollte Erfolg der Befestigung der Kohlensteuer sehr fraglich.

### Der tschechoslowak. Bergarbeiterstreik

fand seinen Abschluß in einer Reichskonferenz am 6. Oktober, nachdem er sieben Wochen unter strengster Disziplin geführt wurde. Die Delegierten beschloßen gegen nur neun Stimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Streik wurde beendet mit einem halben Erfolg. Die müssen sagen, daß wir diesen Streik von vornherein als den ersten verlorenen der tschechischen Kameraden nach dem Kriege betrachteten. Im günstigsten Falle erwarten wir einen beschränkten Erfolg.

Beim Ausbruch dieses Streiks teilten wir mit, warum es sich handelt. Die Tschechoslowaken, an sich ein Land mit günstigsten Wirtschaftsbedingungen, konnte ihre Kohle, weil zu teuer, auf dem Weltmarkt nicht absetzen. Einschränkungen der Betriebe und Feuerstätten waren die Folge. Im Ost- und West-Bezirk arbeiten die Bergleute meist nur vier Tage in der Woche. Um die Kohlen im Ausland absetzen zu können, mußte sie verbilligt werden. Regierung und Unternehmer beschloßen einen radikalen Kohlenpreisabbau um 30 Prozent, was 5 Kronen auf den Meterzähler (100 Kil) ausmachte. Hiervon wollten Unternehmer und Regierung (Kohlensteuer) je 2 Kr. tragen, während die Bergarbeiter 1 Krone vom Lohn opfern sollten. Das hätte einen Lohnabbau von 24 bis 30 Prozent pro Schicht (Schichtmittelsverdienst 49 Kr.) zur Folge. Auch die Bergarbeiter hielten selbstverständlich den Preisabbau für unbedingt notwendig, damit sie mehr Arbeitsmöglichkeit bekommen. Sie wehrten sich jedoch gegen ihren Lohnabbau, weil nach ihrer berechtigten Ansicht Bergarbeiter und Kohlensteuer allein genug Preisabbauvermögen hätten.

Es kam zum Streik, Unternehmer und teilweise auch die Regierung tranden in Schärfe Front gegen den Streik und eine radikalere Propaganda sorgte dafür, daß auch die Öffentlichkeit gegen die Bergleute eingenommen wurde. Das schlimmste aber war, daß die Unternehmer durch den Streik nicht besonders getroffen werden konnten, weil er in einer wirtschaftlich sehr ungünstigen Zeit geführt werden mußte. Das zeigte sich auch sofort nach dem Streikausbruch, die Unternehmer wurden nicht eingeschüchtern, sie verschärften vielmehr ihre Forderungen. Die Bergarbeiterorganisationen dagegen hatten mehrere harte und erfolgreiche Kämpfe der letzten Jahre hinter sich, also Erfahrungen und disziplinierte Kampftruppen. Die vorhandenen finanziellen Mittel dagegen waren entsprechend bescheiden.

Zwischen Unternehmer und Arbeitern stand der Kampf wochenlang in größter Hartnäckigkeit. Die Regierung mußte natürlich ihre Aufgabe darin sehen, den Produktionsprozess wieder in Bewegung zu bringen. Verhandlungen fanden statt, ergebnislos, bis am 6. Oktober die Regierung einige Grundzüge als Unterlage für die Arbeitsaufnahme aufstellte. Diese Grundzüge wurden in der eingangs erweiterten Konferenz der Bergarbeiter angenommen. Sie sehen vor:

## Eisernes Land

Bergleute rennen über die Berge. Schwarz und finster sind die Berge. In dem Berge gärt das Erz. An dem Tag will rotes Erz. Nächtlchst wehret die Enie. Nun ein Ausblick tief ins Tal. Und ein glühend die erste Lahn. Zwei Dörfer im blitzblanken Strahlenkleid. Nagen vom Sieg der elektrischen Zeit. Bellt ein nächtlicher Fuchs. Sterne schwirren durch die Nacht. Sterne plätzen mit lauter Knack. Doch das prächtige Sternbild Schwanz. Zieht ruhig am Himmel die höchste Bahn. Goldene ewige Sterne.

Eine Lohnreduktion von 10 bis 18 Prozent. Lohnverträge bis Ende Mai 1924. Keine Entlassungen, Maßregelungen oder Strafen wegen des Streiks.

Die durch den Streik veräußerten Schichten gelten nicht als Arbeitsunterbrechung. Alle bestehenden Verträge sozialer und wirtschaftlicher Art bleiben in Kraft.

Der Streik hatte einen günstigeren Verlauf als wir erwarteten. Gelang es doch mehr als die Hälfte des verlangten Lohnabbruchs zu retten. Dieser Erfolg hat aber große Opfer gefordert: sieben Wochen Lohnausfall für die gesamte Bergarbeiterchaft der Tschechoslowakei. Die Kohlensteuer, welche dort von den Bergleuten entschieden bekämpft wird, hat einen bedenklichen Anstieg erlitten. Die Regierung sah sich gezwungen einen größeren Kohlensteuerabbau vorzunehmen, als sie zuerst vorhatte. Der Finanzminister streute sich sehr dagegen, weil nach seiner Ansicht diese Einnahmequelle zur weiteren Befundung der Finanzen notwendig war. Für unsere deutsche Kohlenwirtschaft spielen die Vorgänge in der Tschechoslowakei eine große Rolle. Der gewaltige Kohlenpreisabbau die billigen tschechischen Kohlen werden sich bei uns bemerkbar machen. Für uns ungünstig natürlich.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Die Flut der Nullen.

Millionär zu werden war der Traum von früher, heute sind die Arbeiter Milliarden, aber armer als je zuvor. Millionen sind Scheidemünzen, Milliarden sind Kleingeld und erst mit der Billion fängt die große Summe an. Unter Einkünftler einer neuen Benennung, der Billiarde für 1000 Billionen, steht das Nullenbild so aus:

Eine Million	1 mit 6 Nullen
Eine Billion	1 mit 9 Nullen
Eine Billiarde	1 mit 12 Nullen
Eine Billion	1 mit 15 Nullen
Eine Trillion	1 mit 18 Nullen
Eine Quadrillion	1 mit 24 Nullen
Eine Quinquillion	1 mit 30 Nullen
Eine Sextillion	1 mit 36 Nullen

Nach dieser Aufstellung steht das Bild noch nicht sehr erschütternd aus, da den meisten vorläufig noch der rechte Begriff für die Nullen fehlt. Aber breitet man die Nullen in ihrer ganzen Länge aus, dann zeigt sich die Wirkung der Treppentritte etwas deutlicher. Dann sieht die Sache so aus:

Million	1 000 000
Milliarde	1 000 000 000
Billion	1 000 000 000 000
Billiarde	1 000 000 000 000 000
Trillion	1 000 000 000 000 000 000
Quadrillion	1 000 000 000 000 000 000 000
Quinquillion	1 000 000 000 000 000 000 000 000
Sextillion	1 000 000 000 000 000 000 000 000 000

#### Glend überall.

Die luxemburgische Arbeiterpresse teilt Zahlen über Lebenslöhne und Löhne mit, aus denen hervorgeht, wie sehr auch dort die Reallohne gesunken sind. Die Statistik zeigt nachstehendes Bild:

Jahr	Lebenslöhne	Wartlöhne	Reallohne
1914	100	100	100
1921 Juni	388	370	95
1923 März	425	322	76
1923 August	452	360	79
1923 September	487	360	77

### Internationale Rundschau.

#### Einheitsfront und Reingeld.

Der Nachrichten dienst des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilt mit: Auf dem vom 27. bis 29. September abgehaltenen ordentlichen Kongress des französischen Landesverbandes der Bergarbeiter wurde die Frage der Einheitsfront, die ein wichtiger Punkt der Tagesordnung darstellte, von einer speziellen Kommission eingehend behandelt. Diese prüfte auch die diesbezüglichen Vorschläge der kommunistischen (unitären) Föderation und lehnte dieselben ab. Die Einheit sei wohl wünschenswert, doch man dürfe die Herstellung der „Einheitsfront“ nicht mit der Wiederherstellung der „organischen Einheit“ verwechseln. Auf dieser müsse sich die von den Westländern gestiftete Einheit aufbauen. Die von der Kommission unterbreitete Resolution und ein Begleit Schreiben an die unitäre Organisation wurden einstimmig gutgeheißen.

Der dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde angeschlossene Bergarbeiterverband hat eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, in welchen er an der Hand einer eingehenden Untersuchung die Unterminierung der Arbeit der Kommunisten nachweist, die auf Grund der aus Moskau erhaltenen Befehle versuchen, auf dem Wege der Zellenbildung die Leitung der amerikanischen Gewerkschaften in ihre Hände zu bekommen.

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

##### Winden-Ravensberger Bezirk.

Den Wünschen einer großen Anzahl Bergarbeiter aus vorerwähntem Bezirk Rechnung tragend, haben wir in den letzten Wochen in dem Gebiet eine Anzahl Zahlstellen errichtet. Die bis jetzt von diesen Zahlstellen erhaltene Mitglieder fordern hiermit alle im Bergbau tätigen und im Winden-Ravensberger Bezirk wohnenden Kameraden auf, sich bei ihrem Wohnort nächstliegenden Zahlstelle anzuschließen. Nachstehend das vorläufige Adressenverzeichnis der genannten Vertrauensmänner und Kassierer:

- Zahlstelle **Ennigloh-Wände**: Fritz Budde, Muthum 37. — Arnold Schmieding, Ennigloh 248, Post Wände.
- Zahlstelle **Bieren-Mödinghausen**: Fritz Reigmann, Schwemmling 108. — Karl Kollmeier, Schwemmling 120.
- Zahlstelle **Löhde**: August Blusmann, Löhde, Heunweg 20. — August Wehrwelden, Löhde, Ommabruider Straße 21.
- Zahlstelle **Spenge**: Heinrich Hilbrandt, Spenge 466. — Hermann Beckmann, Leninghausen 40, Post Spenge.
- Zahlstelle **Wanne**: Heinz Budde, Debersied 24, Post Oberbed.
- Zahlstelle **Rehner**: Ernst Schneider, Wulferdingen 214. — Ernst Meier, Wulferdingen b. 2, Post Bergkirchen.

- Zahlstelle **Serford**: Anton Saarmann, Serford, Johannstraße 20. — Heinrich Weitzhüner, Serford, Schiffbergstr. 42.
  - Zahlstelle **Kirchlengern**: Christian Dullmeier, Kirchlengern 260, Kreis Serford.
  - Zahlstelle **Hülshorst**: Gustav Sauerberg, Lengen 107, Post Sauerberg. — August Reber, Oberbauerschaft, Post Hülshorst.
  - Zahlstelle **Enger**: Fritz Hüner, Enger, Seelbornstr. 274. — Paul Klein, Enger, Bruchstr. 32.
  - Zahlstelle **Wotho**: Heinrich Küster, Wotho, Waldorfer Straße 14. — Karl Lorenz, Wotho, F. D. 9.
  - Zahlstelle **Rothenfelde**: Gille, Rothenfelde 194.
- In Anbetracht der Notwendigkeit einer geschlossenen Arbeiterfront bei der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Arbeiterchaft ist es unbedingt erforderlich, daß sich alle Bergarbeiter bei einem der vorgenannten Kameraden melden und die Mitgliedschaft erwerben. Ohne Kampf kein Sieg, ohne Opfer kein Erfolg!

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

#### Die Stimme unserer Kameraden aus dem Wurmreele.

In Aachen tagte am 7. Oktober eine Konferenz unserer Jungkondere. Es galt, Stellung zu nehmen zur augenblicklichen Lage und Einstellung auf die kommenden Dinge und Schwierigkeiten, soweit sie heute im Bereich menschlicher Verteilung liegen. Kamerad Schudy versuchte, eine möglichst ausweichende Bergleiderung aller Wesen, die uns die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gebracht haben. Auch die kommende Entwicklung wurde gestreift. Diese konnte allerdings nur insoweit erschöpft werden, als es durch die zweifelhafte Haltung der Siegerstaaten getriebene Blick zuließ. Immer wieder trat die Kohlenwirtschaft in den Vordergrund, wobei die Verhältnisse im Wächener Bergbau reichliche Veranschaulichung fanden. — Ein Kolalangesteller berichtete über die letzten Vorkommnisse im Wächener Bergbau.

Die Aussprache war eine äußerst lebhaft. Grundlegende Fragen, wie sie von dem Referenten behandelt wurden, fanden volle Zustimmung. Die Delegierten klagen, daß sich bei der Arbeitsaufnahme erbitternde Dinge zeigen. Die maßgebenden Grubenbeamten, selbst solche, bei denen man bisher deutsches Zusammengehörigkeitsgefühl erwartete, lassen ihren persönlichen Haß über politische Einstellung in ekelerregender Weise mitteilen. So will der Betriebsführer Wibel aus Kohlscheid den bewährten Betriebsrat, unseren Kameraden Glemons, nicht wieder einstellen. Und immer wieder trat gerechte Empörung über das unerbittliche Treiben der syndikalistischen Sonderbildung hervor. (Die Syndikalistischen streiten in ihrem Organ sonderbarster Bestrebungen ihrer Anhänger ab. Sie mögen einmal ins Wurmgebiet ihre Nase stecken. D. Red.) Das syndikalistische Epigonalum versucht die Öffentlichkeit viel schlimmer, als dies im Saargebiet der Fall ist. Es gelingt, einem Syndikalisten auf die Beine zu treten und schon ruft er: „Ich lasse mich hochgehen!“ Das geschieht dann meistens, es erfolgen vollkommen grundlose Verhaftungen.

Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in folgender einstimmig angenommenen Entschliessung:

Die am 7. Oktober in Aachen tagende Konferenz der Wurmreele-Funktionäre fordert von der Verbandsleitung, daß sie an der Zwangsverhaftung der Kohle unbedingt festhalte. Nur dadurch kann ein stichlicher Einfluß der Organisationen auf die Kohlenwirtschaft ausgeübt werden. Die Wirtschaftspolitik der Verbandsleitung, die auf eine Sanierung der Wirtschaft hinauszielt, ist die einzig richtige. Die Konferenz bedauert nur, daß nicht alle Volksschichten die gleiche wirtschaftliche Einstellung haben.

Die Funktionäre finden es unverständlich, daß die Leiter dieser Bergarbeiterorganisationen noch immer in Haft gehalten und neue Verhaftungen vorgenommen werden, nachdem doch der passive Widerstand ausgeübt ist. Wenn die Siegerstaaten Reparationen haben wollen, so müssen sie uns die Möglichkeit geben, die Produktion schnellstens auf den früheren Stand bringen zu können. Eine kleinliche Rabelstichtpolitik schafft Erbitterung und wirkt hinderlich. Auch die Transportmittel müssen sofort ihre frühere Beweglichkeit erhalten. Dieses ist zum Abtransport der Förderung und Beförderung der Bergarbeiter von und zur Arbeit notwendig.

Die Konferenz hatte den Zweck, sich gegenseitig zu beraten, anzurichten und vorzubereiten für die noch kommenden schweren Arbeiten. Der Zweck wurde vollkommen erreicht. Man ging mit dem Bewußtsein auseinander, daß nur gegenseitiges Vertrauen und strengste Disziplin erfolgreiche Organisationsarbeit garantieren. Ein Funktionärapparat, der von solchem Geiste befeuert ist, bietet die besten Gewähr für alle Stürme, die sich gegen die Bergarbeiter richten. In diesen Fällen müssen die wütendsten Sturmwellen zerbrechen.

### Polnisch-Oberschlesien.

#### Teuerungsurruhen in Polnisch-Oberschlesien.

Polen bleibt von der Teuerungswelle nicht verschont. Die Arbeiterchaft wehrt sich so gut sie kann. Die politische Reaktion geht noch härter wie die deutsche vor und versucht alle Lasten auf die breite Masse zuwälzen. Am 10. Oktober wurde auf Beschluß der Gewerkschaften ein 24 stündiger Proteststreik mustergültig durchgeführt. Die Gewerkschaften forderten eine Lohnverhöhung von 20 Prozent. Am Streiktag wurde ein Lohnabkommen getroffen, welches eine 180prozentige Lohnverhöhung vorsah. Ob die Bewegung dadurch abflaut, ist sehr zweifelhaft.

### Bücher und Schriften.

#### Russland und Ausblick über die russische Gewerkschaftsbewegung.

Als fünftes Heft seiner Schriftenreihe hat der Internationale Gewerkschaftsbund eine Schrift von E. Schwarz, „Rück- und Ausblick über die russische Gewerkschaftsbewegung“ veröffentlicht. Die Schrift beruht auf dem von den Volkswissenschaftlern selbst veröffentlichten Daten. Der Verfasser bemerkt sich den besonderen Bedingungen, unter denen sich die russische Gewerkschaftsbewegung seit der Revolution entwickelt hat, ohne Vorzwingenheit gerecht zu werden, vertritt aber auch nicht die sehr bedenklichen Seiten dieser noch bis vor kurzem so gut wie ganz vom Staat subventionierten Gewerkschaften. Sie ist daher eine wertvolle kritische Ergänzung der von der roten Gewerkschaftsinternationale auf den Markt gemorbenen zahllosen Kellnerbroschüren. Insbesondere der allmählich infolge der Wiedereinführung des Kapitalismus zwangsläufig einsetzende Prozeß der Entstaatlichung der Gewerkschaften und der angestrebte Übergang zur freien individuellen Mitgliedschaft finden eine interessante Darstellung. Die Schrift kann allen, die sich über die russische Gewerkschaftsbewegung zu informieren wünschen, nur empfohlen werden. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Grundpreis 0,15 Pfennig, für Gewerkschaftsmitglieder 0,10 Pfennig, Schlüsselzahl jeweils 25 Prozent niedriger als die des Buchs (inbels.)

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 42. Woche (vom 14. bis 20. Oktober) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

- Die Mitglieder: Gustav Tschachenberg (S.-Nr. 794262), Zahlstelle Mettmich; Franz Bernil (S.-Nr. 243693), Zahlstelle Gau; Gustav Konrad (S.-Nr. 1105238), Zahlstelle Sentenberg; Paul Graube (S.-Nr. 60888), Zahlstelle Wetzlar; Fern. Hannig (S.-Nr. 1198266), Zahlstelle Dittersbach; Josef Langer (S.-Nr. 607287); Paul Rober (S.-Nr. 654888), Zahlstelle Waldenburg; Bruno Gahn (S.-Nr. 1060688); Franz Wiest (S.-Nr. 164244), Zahlstelle Dittersbach; und Julius Müller (S.-Nr. 167888), Zahlstelle Oberhermsdorf sind auf Grund des 8. des Statuts und Schädigung des Verbandes aus dem Verbandsausg geschlossen.